Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 579 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 22. November

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 36 mm breite mm-Grundzeile 2) ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 40 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290

Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Reichskommissar Hoersing hat, nachdem sein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Schlesien abgelehnt wurde, erklärt, daß er den Belagerungszustand mit seinem Namen nicht weiter decken könne und daß er seine Dienstentlassung beantragen werde.

* Der vorläufige Oberkommissar für Danzig, Reginald Tower, traf gestern morgen in Danzig ein.

* Der schwedische Reichstag wird aufgelöst, angeblich, weil von ihm eine Zustimmung zu der Völkerbundsverfassung nicht zu erwarten sei.

* Die serbische Regierung hat ihre Delegation bei der Friedenskonferenz ermächtigt, den Friedensvertrag von Saint-Germain zu unterzeichnen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Berlin, 21. November.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen haben nach militärischer und administrativer Richtung einen gewissen Abschluß erreicht. Ueber eine Reihe von Fragen ist ausführlich verhandelt, aber noch keine Einigung erzielt worden, die zum Gegenstand eines Staatsvertrages gemacht werden könnte. Namentlich hat sich gezeigt, daß über die Auslegung des Friedensvertrages verschiedene Ansichten auf deutscher und polnischer Seite bestehen. Da die Auslegung des Friedensvertrages eine Auseinandersetzung mit maßgebenden Stellen erfordert, werden sich Mitglieder der polnischen Delegation in den nächsten Tagen nach Paris begeben, um dort die Beratungen weiterzuführen. In Berlin wird u. a. Unterstaatssekretär Seeber zurückbleiben, um noch über einzelne Fragen zu verhandeln.

Der Ruf nach Neuwahlen.

Von
Wilhelm Laverrenz, Berlin,
Mitglied der Nationalversammlung.

Die Frage der Lebensdauer der Nationalversammlung wird immer brennender. Daß die am 18. Januar d. J. gewählte Versammlung in ihrer heutigen Zusammensetzung längst nicht mehr ein getreues Spiegelbild der politischen Auffassung des deutschen Volkes ist, beweisen unzweifelhaft die Ergebnisse der Wahlen, die in den letzten Monaten in den verschiedensten Teilen des Reiches stattgefunden haben. In Lübeck, Hessen, Sachsen-Weimar-Eisenach, bei den oberschlesischen Gemeinderatswahlen und den zuletzt vorgenommenen Wahlen zum ostpreußischen Provinziallandtag haben sich so erhebliche Verschiebungen in den Stärkeverhältnissen der Parteien ergeben, daß die Nationalversammlung gegenwärtig geradezu als Zerrbild des Volkswillens angesprochen werden muß. Das ist für ein demokratisches Staatswesen, in dem das Volk die ausschließliche Quelle aller politischen Gewalt darstellt, ein unmöglicher und deshalb unerträglicher Zustand. Ihrem Namen und ihrem staatsrechtlichen Charakter nach sollte die Nationalversammlung eine „verfassunggebende" Körperschaft sein. Mit der Verabschiedung der neuen Reichsverfassung, die bereits am 31. Juli in Weimar in 3. Lesung vorgenommen wurde, hat die Nationalversammlung somit ihre eigentliche Aufgabe erfüllt. Daß daneben noch „sonstige dringende" Reichsgesetze von ihr erledigt werden sollen, darf auf keinen Fall dazu führen, daß die Wahl des neuen Reichstages gemäß der Verfassung ins Endlose hinausgeschoben wird.

Den nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung seitens des Reichspräsidenten unternommenen Versuch, die Nationalversammlung ohne weiteres in den Reichstag überzuführen, hat der Aeltestenausschuß unter Zustimmung des gesamten Hauses in Weimar durch eine entsprechende Erklärung des Präsidenten Fehrenbach ausdrücklich abgelehnt. Auch im Artikel 180 der Verfassung heißt es, daß die Nationalversammlung bis zum Zusammentritt des ersten Reichstages lediglich als Reichstag „gilt", Sie „ist" also nicht der Reichstag, sondern hat nur seine Geltung und führt daher auch nicht seinen Namen. Ein Zeitpunkt, an dem die Tätigkeit der Nationalversammlung erlöschen soll, ist im genannten Artikel der Verfassung nicht gesetzt. Sie wird also das Ende ihres politischen Daseins durch einen eigenen Beschluß zu bestimmen haben. Vergebens wurde in Weimar bei der Beratung des Artikels 180 von Seiten der Opposition beantragt, den ersten Reichstag spätestens am 18. Januar 1920 wählen zu lassen. Die Mehrheitsparteien lehnten diesen durchaus berechtigten Antrag geschlossen ab, wobei ihre Wortführer jedoch feierlich betonten, daß auch nach ihrer Meinung die Nationalversammlung möglichst bald dem künftigen Reichstage Platz zu machen habe.

Diesen Beteuerungen kann kein Glauben geschenkt werden, solange nicht die Vorbedingung für die Neuwahlen in Gestalt des neuen Reichswahlgesetzes nach Artikel 22 der Verfassung erfüllt ist. Das Wahlverfahren soll bekanntlich in verschiedener Hinsicht geändert werden. Grundsätzlich will man an der Verhältniswahl festhalten, die jedoch im Sinne einer größeren Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit verbessert werden soll. Zur Prüfung dieser Fragen war von dem Verfassungsausschuß bereits in Weimar ein Unterausschuß eingesetzt worden. Ueber das Ergebnis seiner Beratungen ist bisher nichts bekannt geworden. Aus dem Reichsministerium des Innern, das die entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten hat, verlautet ebenfalls nichts, was auf eine baldige Vorlage des Entwurfs für das Reichswahlgesetz schließen ließe. Eine am 12. November durch die Tagespresse gehende Mitteilung deutete lediglich an, daß im genannten Ministerium die Absicht bestände, eine wesentliche Verkleinerung der bisherigen Wahlbezirke vorzunehmen und in Verbindung damit den Grundsatz aufzustellen, daß jeder Kandidat, der in einem Wahlkreise mindestens 60 000 Stimmen auf sich vereinigt, als gewählt zu gelten habe. Daneben sollen die Stimmen derjenigen Bewerber, die hinter diesen Zahlen zurückbleiben, für das gesamte Reichsgebiet zusammengestellt werden und an Hand ihrer Vergleichung weitere Abgeordnete als gewählt gelten. Ueber die Beibehaltung oder Abschaffung der Listenverbindung war in der erwähnten Mitteilung nichts gesagt.

Nach diesen Andeutungen befindet sich das neue Wahlgesetz noch im Stadium der Erwägungen, die bekanntlich nicht so schnell zum Abschluß zu kommen pflegen. Würden jedoch die geplanten Eingriffe in die bisherige Wahlkreisgeometrie Gesetz werden, so wäre schon aus diesem Grunde die baldige Verabschiedung der neuen Wahlordnung dringend zu wünschen, da sie die Parteien vor umfangreiche Arbeiten auf dem Gebiet ihrer örtlichen Organisationsumgestaltung stellen wird. Aber abgesehen von diesen praktischen Gesichtspunkten muß immer wieder betont werden, daß jede Verschleppung der Neuwahl und ihrer Vorbereitungen eine schwere Sünde gegen den demokratischen Grundgedanken unseres jetzigen Verfassungslebens bedeutet.

Warum es den Mehrheitsparteien und ihren Beauftragten in den Ministersesseln schwer fallen mag, sich ernstlich mit den Neuwahlen zu beschäftigen, liegt auf der Hand. Es fehlt an einer zugkräftigen Wahlparole. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat sie nicht geliefert und das überlaute Geschrei von der drohenden Reaktion von rechts übt ebenfalls keine Wirkungen mehr aus. Die Erkenntnis ist eben unaufhaltsam im Wachsen begriffen, daß die jetzigen Zustände schlechterdings unhaltbare sind und daß die gegenwärtige Regierung nicht die Fähigkeiten besitzt, um das Vaterland aus der Lage zu retten, in die es durch die Revolution und ihre unheilvollen Folgen gebracht worden ist. Soweit jedenfalls das deutsche Volk die Mißwirtschaft satt hat, wird es sich den Parteien zuwenden, die nicht durch eine Neuordnung aller Verhältnisse auf dem Boden des Erfurter Programms das Paradies auf Erden versprechen, sondern mit gesundem Wirklichkeitsinn unter verständiger Berücksichtigung des historisch Gewordenen an den Wiederaufbau des unglücklichen Vaterlandes herantreten wollen. Dazu aber ist unbedingt erforderlich, daß dem Volke Gelegenheit gegeben wird, sobald als möglich zur Wahlurne schreiten zu können. Wer diese Auffassungen teilt, hat die Pflicht, überall und bei jeglicher politischer Arbeit den Ruf nach Neuwahlen in den Vordergrund zu stellen und immer wieder darauf hinzuweisen, daß das Fortbestehen der Nationalversammlung einer Regierung die Lebensdauer verlängert, die längst nicht mehr das Volk hinter sich hat.

Anfragen in der Nationalversammlung

Berlin, 21. November.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.) wegen der Behandlung von Heusendungen in den besetzten Gebieten wird

regierungsseitig geantwortet, daß die Reichsregierung gewillt ist, alle Maßnahmen zu treffen, um den Behörden in den besetzten Gebieten die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu erleichtern.

Auf eine Anfrage des Abg. Dessus (Dem.) wegen Beförderung mittlerer Beamten in gehobenen Stellen in der Reichsfinanzverwaltung wird

regierungsseitig geantwortet, daß mittlere Beamte in gehobenen Stellen bei den Finanzämtern und Landesfinanzämtern mit der Leistung von Finanzämtern betraut werden können. Doch seien die Geschäftskreise der Finanzämter wesentlich erweitert worden.

Eine Anfrage des Abg. Dr. Philipp (Deutschnational) wegen der Vertragshöchstpreise für Gemüse wird

regierungsseitig dahin beantwortet, daß von der Reichsstelle für Gemüse und Obst die herabgesetzten Preise fast durchgängig wieder erhöht worden sind.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.) fragt wegen der deutschen Gefangenen in Rußland an.

Regierungsseitig wird geantwortet, daß man hoffe, daß im europäischen Rußland die bolschewistische Regierung die bisher bestehenden Bedenken fallen lassen werde, und daß dann unsere Landsleute bald befreit würden. Für den Rücktransport der Gefangenen aus Transsibirien, Turkestan usw. bestehen große Schwierigkeiten. Das Befinden der Gefangenen ist im allgemeinen befriedigend. Schweden hat die Aufsicht über diese Lager.

Abg. Schiele (Deutschnational) fragt an wegen einer Bekanntmachung des Landrats Schubert in Schmalkalden betreffend Maßregeln gegen Kartoffelerzeuger.

Regierungsseitig wird geantwortet, daß die Landwirte sich gewegert hätten, Kartoffeln abzuliefern, wenn nicht die Preise heraufgesetzt würden. Diesem Verhalten müsse entgegengetreten werden. (Beifall links.)

Abg. Geyer-Leipzig (U. S.) fragt an wegen schlechter Behandlung deutscher Kriegsgefangener durch ihre eigenen deutschen Vorgesetzten.

Regierungsseitig wird geantwortet, daß Offiziere hierbei nicht in Frage kommen könnten, da diese immer besonders untergebracht gewesen seien. Bekannt gewordene Fälle wurden den Gerichten zur strafrechtlichen Verfolgung übergeben.

Auf eine Anfrage des Abg. Hartmann-Berlin (Dem.) wegen zwangsweisen Vorgehens der Arbeitgeber gegen Arbeiter, die nicht den freien Gewerkschaften angehören wollen, wird

regierungsseitig geantwortet, daß die Regierung darauf hinwirke, daß jede Beschränkung der Koalitionsfreiheit unterbleibe. Das Reichsarbeitsministerium hat die Spitzen der in Betracht kommenden Verbände eingeladen zu einer Besprechung, nach der weitere gesetzgeberische Maßnahmen bevorstehen.

Abg. Dr. Philipp (Deutschnational) fragt an wegen brieflicher Beförderung von Telegrammen.

Regierungsseitig wird geantwortet: Dringende Telegramme werden tunlichst durchweg telegraphisch befördert. Die Verwaltung ist dauernd um Besserung der Verhältnisse bemüht.

Eine Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann (D. Vpt.) wegen der Ermordung einer Abiturientin durch einen französischen Soldaten im Saargebiet wird regierungsseitig dahin beantwortet, daß die französische Regierung erklärt habe, dieser Vorfall sei vollkommen erfunden. Sollte sich aber herausstellen, daß der französischen Regierung kein lückenloses Material vorgelegen hat, so wird die Regierung, die weitere Ermittelungen eingeleitet hat, ungesäumt die nötigen Schritte veranlassen.

Eine Anfrage des Abg. Schiele (Deutschnational) wegen der Selbsthilfe der Stadt Trier zur Kartoffelversorgung gegenüber dem Orte Reinsfeld wird

regierungsseitig dahin beantwortet, daß von einer Selbsthilfe der Stadt Trier nicht gesprochen werden könne.

Eine Anfrage des Abg. Warmuth (Deutschnational) wegen zivilrechtlicher Ansprüche gegen die Soldatenräte wird dahin beantwortet, daß das Reich nicht für gesetzwidrige Handlungen der Soldatenräte haftet.

Abg. Maltewitz (Deutschnational) fragt an wegen der Rückkehr des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Regierungsseitig wird geantwortet, daß die Regierung wiederholt die schärfsten Proteste erhoben habe und die Freilassung verlangt habe. Jetzt sei der Erfolg endlich da. Am 18. November wurde die Rückkehr von der französischen Regierung genehmigt. Die Rückkehr wird auf dem Landwege über Italien erfolgen.

Eine Anfrage des Abg. Delius (Dem.) wegen Niederschlagung schwebender Disziplinarverfahren und Erlassung von Disziplinarstrafen wird dahin beantwortet, daß die Einbringung eines entsprechenden Entwurfes erfolgen wird.

Abg. Frau Dr. Schirmacher (Deutschnational) fragt an wegen der Hilfe für Wien.

Regierungsseitig wird geantwortet, daß der Notlage abgeholfen werden soll, soweit dies in Anbetracht unserer eigenen Lage möglich und zu verantworten ist. Die Verhandlungen darüber sind im Gange. Deutschösterreich sollte täglich 7000 Tonnen Kohlen von Schlesien geliefert erhalten, vorausgesetzt, daß die Wagengestellung ausreicht.

Es folgt die Beratung des Berichtes des Ausschusses für die Wahlprüfungen über die Wahl des Abgeordneten Simon-Franken im 26. Wahlkreise (Ober-, Mittel- und Unterfranken).

Abg. Zubeil (U. S.) beantragt Zurückverweisung an den Ausschuß.

Abg. Reißaus (Soz.) tritt für den Antrag des Ausschusses ein, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Dem.) hält weitere Beweiserhebungen für überflüssig.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Dr. Braun-Franken (Soz.), Dr. Cohn (U. S.), Geyer-Leipzig (U. S.), der den Rechtssozialisten Treulosigkeit und Bruch des Wahlabkommens vorwirft, wird der Antrag Zubeil abgelehnt, der Antrag des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Reichsabgabenordnung.

Schluß 4½ Uhr.

*

Der Aeltestenrat der Nationalversammlung beschloß heute, daß am Sonnabend die Vorlage über die Reichsabgabenordnung in zweiter Lesung auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. Man hofft, das Gesetz in einigen Tagen erledigen zu können. Die nächste Woche wird außerdem noch die Vorlage auf Erhöhung der Anweisegebühren und Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand bringen. Vom 29. November bis 2. Dezember soll keine Vollsitzung stattfinden. Die Weihnachtsferien beginnen am 18. Dezember.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911221-11/fragment/page=0001

Die neuen Steuerentwürfe

Obwohl die Entwürfe des Reichseinkommensteuergesetzes, des Kapitalertragssteuergesetzes und des Landesbesteuerungsgesetzes der Nationalversammlung noch nicht zugegangen sind, war die „Frankfurter Zeitung" vor einigen Tagen bereits in der Lage, die wesentlichsten Bestimmungen der Entwürfe zu veröffentlichen. Es ist nicht der erste Fall, daß der Regierung nahestehende Organe in der Lage sind, auf Schleichwegen erworbene Informationen in die Oeffentlichkeit zu geben, ehe sie der übrigen Presse zugänglich gemacht sind. Man scheint damit das System der Verhöhlerung von Nachrichten und Mitteilungen wiederaufleben lassen zu wollen, das unter dem alten Regime, nicht zuletzt im Interesse des Ansehens der Presse selbst, glücklich beseitigt worden war. Das würde nur in der Richtung der ganzen moralischen Entwicklung liegen, die wir seit dem 9. November eingeschlagen haben.

In dem Gesetzentwurf über die Reichseinkommensteuer wird im einzelnen das präzisiert, was als steuerbares Einkommen zu gelten hat. Die steuerfreie Grenze beträgt 1000 Mark. Der steuerfreie Einkommenteil erhöht sich für die erste, zur Hausbestellung des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 M., für jede weitere um 300 M. Der Steuertarif selbst besagt:

Die Einkommensteuer beträgt:

für die ersten angefangenen oder vollen 1000 M. des steuerpflichtigen Einkommens	10 v. H.
für die nächsten 1000 M. des steuerpf. Einkommens	11 v. H.
„ „ „ 1000 „ „ „ „	12 v. H.
„ „ „ 1000 „ „ „ „	13 v. H.
„ „ „ 1000 „ „ „ „	14 v. H.
(usw. bis 24 v. H.)	
für die nächsten angefangenen oder vollen 2000 M. (usw. bis 29 v. H.)	25 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 3000 M. (usw. bis 34 v. H.)	30 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 5000 M. (usw. bis 44 v. H.)	35 v. H.
für die nächsten angefangenen od. vollen 10 000 M. (usw. bis 49 v. H.)	45 v. H.
für die nächsten angefangenen od. vollen 20 000 M. (usw. bis 52 v. H.)	50 v. H.
für die nächsten angefangenen od. vollen 30 000 M.	53 v. H.
„ „ „ „ „ „ 30 000 M.	54 v. H.
„ „ „ „ „ „ 40 000 M.	55 v. H.
„ „ „ „ „ „ 50 000 M.	56 v. H.
(usw. bis 59 v. H.)	
für die weiteren Beträge	60 v. H.

In dem Kapitalertragsgesetz, das von Herrn Erzberger an zweiter Stelle der Nationalversammlung unterbreitet werden soll, wird bestimmt, daß von den Erträgen aus Kapitalvermögen eine besondere Steuer erhoben wird; also von Dividenden, Zinsen, Ausbeuten und sonstigen Gewinnen, welche auf Aktien, Kuxe, Genußscheine sowie auf Anteile an Kolonialgesellschaften, an Bergbau treibenden Vereinigungen, an Gesellschaften mit beschränkter Haftung entfallen. Ferner gehören dazu: Zinsen von Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen oder über die Teilschuldverschreibungen ausgegeben sind, Zinsen und Renten von Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden, verzinsliche Rentenbezüge, Zinsen aus Darlehen, aus Einlagen bei Sparkassen, Banken und anderen Kreditanstalten. Auch Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schatzwechsel gehören hierher. Von der Steuer befreit sind insbesondere solche Kapitalerträge, die Unternehmen zufließen, welche der Anschaffung und Darleihung von Geld dienen. Die Steuer beträgt in einigen Fällen 10, in anderen 20 vom Hundert des Ertrages. Ihre Hinterziehung wird mit Geldstrafe, wahlweise auch mit Gefängnis bedroht.

Das dritte Gesetz, das im Reichsfinanzministerium fertiggestellt ist, regelt die Steuerordnungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Danach ist die Erhebung von Zuschlägen zu Reichssteuern nur auf Grund reichsgesetzlicher Ermächtigung gestattet. Neue Steuerordnungen der Gemeinden und Gemeindeverbände dürfen von den zuständigen Landesbehörden nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers genehmigt werden. Verpflichtet sind die Länder u. a. Steuern vom Ertrage des Grundvermögens sowie des Gewerbebetriebes zu erheben. Die Gemeinden sind verpflichtet, Vergnügungssteuern zu erheben. Die Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Ueberweisungen aus Reichssteuern bestimmt die Landesgesetzgebung. Die Länder erhalten einen Anteil vom Ertrage der Reichseinkommensteuer mit Ausschluß der Kapitalertragssteuer, die dem Reich unverkürzt verbleibt. Unter diesen Vorbehalten erhalten die Länder für sich und ihre Gemeinden und Gemeindeverbände:

a) von den Steuerbeträgen der Steuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen 15 500 Mark nicht übersteigt, einen Anteil von 90 Prozent,

b) von den Steuerbeträgen der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 15 500 Mark bis 25 500 Mark 80 Prozent,

c) von mehr als 25 500 bis 50 000 Mark 60 Prozent,

d) von mehr als 50 000 bis 150 000 Mark 50 Prozent,

e) von mehr als 150 000 bis 400 000 Mark 40 Prozent,

f) von den Steuerbeträgen der höheren Einkommen einen Anteil von 20 Prozent.

Von den Steuern, die das Reich an Stelle der allgemeinen Einkommensteuer von nichtphysischen Personen erhebt, beträgt der Anteil unabhängig von der Steuerstufe 50 Prozent des Steuerbetrages.

Die Länder sind verpflichtet, an ihren Anteilen die Gemeinden unter besonders aufgestellten Grundsätzen zu beteiligen. Von dem Aufkommen aus dem Erbschaftssteuergesetz erhalten die Länder 20 Prozent, an der Grunderwerbssteuer sind die Länder mit 50 Prozent beteiligt. Von dem Aufkommen aus der Umsatzsteuer fallen den Ländern 10 Prozent zu. Die Gemeinden haben das Recht, eine Steuer von demjenigen Mindesteinkommen zu erheben, das von der Reichseinkommensteuer nicht erfaßt wird. Auch an der Grunderwerbssteuer und an der Umsatzsteuer sind die Gemeinden beteiligt.

Clemenceau Präsident?

Paris, 21. November.

Vom Oeuvre über die politische Lage befragt, soll Viviani erklärt haben: Die Lage ist sehr einfach. Clemenceau wird bis Januar Ministerpräsident bleiben und nächster Präsident der Republik werden. Man hat Viviani die Absicht unterlegt, sich als Kandidat für die Kammerpräsidentschaft gegen Deschanel aufstellen zu lassen. Viviani dementiert dieses Gerücht.

„Der Weltfrieden gewährleistet"

Paris, 21. November.

„Temps" schreibt: Die französischen Wahlen gewährleisten den Weltfrieden. Die weniger durch den Krieg mitgenommenen Nationen müssen Frankreich das Vertrauen entgegenbringen, das es verdient, und dieses Vertrauen kann sich praktisch nur äußern durch Kredit. Frankreich Kredit gewähren heißt, der gesamten Menschheit einen Dienst erweisen. Nießers Plan einer internationalen Verhandlung zur Regelung der Kursfrage ist unausführbar. Die deutsche Regierung hat durch ein jüngst veröffentlichtes Kommuniqué bewiesen, daß sie sich nicht in dem erforderlichen Geisteszustand befindet. Nach den Wahlen ist jetzt auch die Stunde gekommen, den ausländischen Kredit Frankreichs zu organisieren.

Doch ein Kompromiß in Amerika

Paris, 21. November.

Ein Vertreter der „Agence Havas" hatte über die Ursache der Vertagung der Debatte über den Friedensvertrag im amerikanischen Senat eine Unterredung mit einer amerikanischen Persönlichkeit, die erklärte, daß zwischen Demokraten und Republikanern ein Kompromiß zustande kommen werde. Die betreffende Persönlichkeit hob den lebhaften Wunsch Amerikas hervor, Frieden zu haben. Amerika werde mit Deutschland keinen Sonderfrieden abschließen können. Die Unterschrift Wilsons, die unter dem Vertrag von Versailles stehe, biete eine Garantie für den Vertrag.

Die natürliche Blockade Rußlands

London, 21. November.

In der Sitzung des Unterhauses am Mittwoch sagte Lloyd George, es gebe streng genommen keine Blockade der russischen Häfen. Wir haben die baltischen Staaten, so sagte Lloyd George, in allen Kämpfen gegen die Bolschewisten unterstützt. Dabei mußte verhindert werden, daß die bolschewistischen Schiffe mit Munition und Verpflegungsvorräten in die Häfen einfahren konnten. Die Eisblockade habe nunmehr die Frage gelöst.

Helsingfors, 21. November.

An der Bolschewistenfront dauern heftige Kämpfe fort. Die Bolschewisten gewannen weiter Gelände. Laut einer Meldung aus Riga ist der dortige Schiffsverkehr wieder aufgenommen worden. Der finnische Amnestievorschlag wurde in zweiter Lesung vom Reichstagsausschuß verworfen.

Königsberg i. Pr., 21. November.

Die Nachricht, daß Oberst Awalow spurlos verschwunden ist, ist unrichtig. Awalow befindet sich an der Spitze seiner westrussischen Truppen in Tukkum. Die Abgabe des Oberkommandos an General v. Eberhardt erfolgte überstürzt auf die Meldung, daß größere lettische Truppenverbände bei Frichtadt und Schlock durchgebrochen und damit die rückwärtige Verbindungen der westrussischen Armee bedrohten. Später stellte es sich heraus, daß nur einige Kompagnien die westrussische Front durchbrochen hatten. Die baltischen Einwohner verließen in Scharen und flüchteten nach Deutschland. Ueber tausend passierten bereits Königsberg. Auch der westrussische Zentralrat begab sich nach Deutschland. Der deutsche Vertreter im Baltikum, Schmidt, reiste nach Berlin, das Personal der Gesandtschaft verbleibt vorläufig in Insterburg.

Der Wahrheitsbeweis im Erzbergerprozeß

Berlin, 21. November.

Im Verlaufe des Prozesses Erzberger gegen den Redakteur der „Deutschen Zeitung" Dr. Bild, der, wie wir bereits berichteten, vertagt worden ist, trat der Verteidiger Rechtsanwalt Marx den Wahrheitsbeweis an. Er führte aus:

Bezüglich der Behauptung des Artikels „auf eine Lüge oder weniger kommt es nicht an", tritt die Verteidigung den Wahrheitsbeweis an, daß der Finanzminister Erzberger in mindestens sechs Fällen die Unwahrheit gesagt habe und Verhältnisse, die er an verschiedenen Stellen getan hat, in diametralem Gegensatz zu einander stehen. Die einzelnen Punkte, es handelt sich hauptsächlich um vier, sind folgende:

1. Die bekannte Reichstagsresolution vom 6. Juli 1917. Erzberger behauptet, über diese Aktion alle Beteiligten informiert zu haben, während tatsächlich alle Teilnehmer übereinstimmend erklärt haben, daß Hollweg, Dr. Helfferich und Spahn, Bethmann Hollweg erklärt habe, er sei förmlich überfallen worden. Der zweite Punkt geht dahin, daß Erzberger wahrheitswidrig behauptet habe, Bethmann Hollweg habe die Bedenken gegen die Helfferichschen Steuerprojekte fallen gelassen. Der dritte Punkt betrifft das angebliche Friedensangebot, welches Erzberger in der großen Reichstagsrede vom 25. Juli 1919 erwähnt hatte. Der vierte Punkt endlich betrifft eine Unterredung vom 23. Oktober 1919, in welcher Erzberger wahrheitswidrig behauptet habe, der Abg. Warburg habe seine Bedenken gegen den Depotzwang fallen gelassen. Zu diesen Punkten beantragt die Verteidigung die Ladung der Zeugen Bethmann Hollweg, Dr. Helfferich und Spahn.

Erster Staatsanwalt Weismann: Wenn nach der Meinung des Gerichts auch der zweite Punkt erörtert werden soll, gilt selbstverständlich mein Strafantrag nicht mehr, denn das würde eine ganz andere Beurteilung meinerseits die Folge sein. Wenn das Material, was hier vorgebracht wird, alles ist, um den Vorwurf der Lüge zu rechtfertigen, so muß ich doch sagen: es ist außerordentlich kläglich, geradezu lächerlich, wenn man damit jemand als gewohnheitsmäßigen Lügner hinstellen will. Es werden kleine Tagesgespräche eines Abgeordneten herausgegriffen, die ein Mann in 20jähriger politischer Tätigkeit einmal gehabt haben soll. Herr Zeuge Erzberger ist in der Lage, jeden einzelnen Punkt zu entkräften. Sollte dies nicht genügen, dann müßte allerdings auf den Zeugenbeweis eingegangen werden.

Minister Erzberger gibt hierzu eine längere Erklärung ab, in der er u. a. folgendes ausführt: Bezüglich der Friedensresolution ist mir der Vorwurf gemacht worden, ohne mit den maßgebenden Stellen vorher gesprochen zu haben, jene Rede gehalten zu haben. Ich erwidere darauf, daß ich tatsächlich mit Herrn Bethmann Hollweg, Herrn Dr. Solf, Dr. Roesicke und einer Reihe anderer leitender Männer gesprochen habe. Bezüglich des zweiten Punktes: „Friedensangebote" will ich bemerken, daß das Gericht hier haben kann, in welch leichtfertiger Weise hier gegen mich gearbeitet wird. In dem ganzen stenographischen Bericht, den ich hier niederlege, ist kein Wort von Friedensangebot, sondern stets nur von Friedensmöglichkeiten usw. die Rede. Nebenlich steht es hänßlich der beiden anderen Punkte. Tatsächlich hat Bethmann Hollweg meine Bedenken geteilt, daß eine Annahme der indirekten Steuern eine Gefährdung des Burgfriedens mit sich bringen könne und tatsächlich habe ich in einer Unterredung mit dem Abg. Warburg den Eindruck gewonnen und auch noch meiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß wir in allen Punkten, mit Ausnahme des Reichsnotopfers, einig seien.

Der Vorsitzende weist den Angeklagten darauf hin, daß die bisherige Verhandlung erweben habe, daß dieser sich in verschiedenen Punkten erheblich geirrt habe. Er frage deshalb als Vorsitzender, ob der Angeklagte nicht jetzt ausreichende Erklärungen abgeben wolle, damit die ganze unerquickliche Angelegenheit durch Rücknahme des Strafantrages in loyaler Weise aus der Welt geschafft werden könnte.

Rechtsanwalt Niebold gibt nach Rücksprache mit dem Angeklagten die Erklärung ab, daß eine Erklärung wie die gewünschte nicht abgegeben werden könne, da unter Beweis gestellt werde, daß die Tatsachen anders sind.

Erster Staatsanwalt Weismann bittet die Ladung der Zeugen abzulehnen, da die Sache durch das eidliche Zeugnis des Ministers sowie durch die vorzeleenten stenographischen Berichte genügend geklärt sei. Die ganze Aktion lasse deutlich erkennen, daß dem Minister ein Strick gelegt werden soll und er aus seinem Amt gebracht werden solle.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

51] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

„Tue das nicht, lieber Vetter. Ich würde dann unser verwandtschaftliches Verhältnis vergessen und dich steckbrieflich verfolgen lassen müssen."

„Was sagst du?" schrie der Mann auf. „Du wagst —"

Da richtete sich plötzlich Laura mit einem Ruck in die Höhe. Ihre Augen flammten.

„Unverschämter — du wagst es, gegen mich aufzutreten? Ich habe eine Waffe gegen dich in Händen, von der du nichts ahnst. Sprich, hat nicht der Tod meines Vaters für dich eine ganz besondere Bedeutung?"

Gustav Bürklin wankte wie von einem plötzlichen Entsetzen erfaßt zurück. Mit weit offenen Augen starrte er Laura an, die vor ihm stand wie eine Rachegöttin. Seine Gesichtszüge drückten ein schreckensvolles Schuldbewußtsein aus.

„Dei — deines Vaters Tod — ich — —."

Seine Worte gingen in ein heiseres Stammeln über.

„Du hast mir oft geklagt, daß mein Vater dich in einer schmachvollen Abhängigkeit hielte, so daß du dir vorkämest wie ein Galerensklave. Nun, ich weiß, warum das so war. Um dich aus deinen ärmlichen Verhältnissen zu befreien, tatest du eines Tages einen kühnen Griff in meines Vaters Kasse. Doch du verfuhrest nicht geschickt genug; mein Vater ertappte dich, und statt dich vor die Türe zu werfen, wie du es ohne Zweifel verdient hattest, ließ er sich von dir ein schriftliches Schuldbekenntnis geben. Dieses Dokument war die Kette, mit der belastet du seit Jahren umherginstest. Doch die Kette war dir sehr drückend, und das Papier zurückzuerhalten, war dein Gedanke bei Tag und Nacht. Du wiegtest dich in der törichten Hoffnung, ich könne eines Tages darin einwilligen, deine Frau zu werden, fürchtetest aber, die Kenntnis von deiner Schuld und von dem schriftlichen Bekenntnis könnte deine Hoffnung zerstören. Nun, von deinem Verbrechen sowohl als auch von der Existenz des von dir unterschriebenen Scheines hatte ich längst Kenntnis, und zwar von meinem Vater selbst. Ich wußte sogar genau, wo mein Vater den Schein verwahrte. Auch du wußtest das, und mein Vater hat mir oft gesagt, daß du nicht ein einziges Mal sein Zimmer betreten könntest, ohne einen gierigen Blick auf das Schubfach des Aktenschrankes zu werfen, in dem das Dokument ruhte. Nun, und dieses Papier ist seit gestern verschwunden."

„Ich weiß nichts von dem Papier," knurrte Gustav Bürklin.

„Man müßte es vorlegen können, um mir etwas zu beweisen."

„O, glaube nur nicht, mit einer solch faulen Ausrede durchzukommen. Bei mir gelingt dir das nicht — ich denke, dafür kennst du mich zur Genüge. Doch ich will dir noch mehr sagen."

Sie trat dicht vor ihn hin und zwang ihn mit der ganzen Kraft ihrer Augen, sie anzublicken. Ihre Stimme klang gedämpft, doch furchtbar eindringlich, als sie nun fragte:

„Warum weigertest du dich, die Leiche meines Vaters zu sehen?"

„Weil mir vor dem Anblick graute. Ich hätte ihn nicht ertragen können."

„Und aus demselben Grunde wolltest du diese Nacht nicht im Hause bleiben?"

„Jawohl."

„Nun, ich weiß eine bessere Erklärung für diese bei dir etwas auffällige Gemütsweichheit. Dir graute vor dem Anblick meines Vaters, weil du den Toten eher gesehen hattest als ich — und zwar bei Ausübung einer verbrecherischen Handlung."

Es war, als sei ein Blitzstrahl auf den Mann niedergefahren. Seine Gestalt knickte zusammen, seine Knie schlotterten, und es war, als rieselte etwas Grünliches unter der Haut seines Gesichtes hin. Seine Lippen bewegten sich, als wollten sie sprechen, doch sie brachten keinen Laut hervor.

„Als ich gestern abend zum Arbeitszimmer meines Vaters hinüberging," sprach Laura in demselben leisen, drohenden Ton weiter, „da habe ich dich gesehen. Wie ein Schatten schlüpftest du durch die Dämmerung des Flures, nach der Treppe hin. Und als ich kam, da verbargst du dich in dem Türwinkel neben der Treppe. Doch ich habe scharfe Augen — ich erkannte dich — ich sah in deiner Hand ein Papier. Hätte ich dich in jenem Augenblick gestellt, so würdest du wohl in all deiner Erbärmlichkeit als ertappter Sünder vor mir gestanden haben. Doch ich achtete nicht genügend auf dich, denn etwas Unerklärliches zog mich zum Arbeitszimmer meines Vaters hin. Und als ich ins Zimmer trat — noch ehe ich meinen Vater sah, —, da sah ich, was geschehen war. Ich sah den Aktenschrank dicht neben der Türe offen stehen, im Schlosse das Schlüsselbund meines Vaters. Sogar die Schublade, in der dein Schuldbekenntnis aufbewahrt wurde, stand noch ein wenig offen. Und als ich dann meinen Vater tot fand, da wußte ich, was geschehen war, daß du die günstige Gelegenheit benützt hattest, um den Beweis deines Verbrechens durch einen Raub in deine Hand zu bekommen. Gestehst du, daß es sich so verhält?"

Merkwürdig — die Brust Gustav Bürklins hob sich wie unter einem tiefen, befreienden Atemzug. Seine Gestalt bekam wieder Haltung und sein Gesicht ein wenig Farbe. Seine Augen, vorher noch voll prüfenden Entsetzens, nahmen allmählich den Ausdruck eines furchtsamen Mißtrauens an — so, als wolle er in den Zügen Lauras lesen, ob ihre Worte wirklich ihren ganzen Verdacht zum Ausdruck brächten — oder ob sie nur eine Falle seien — ein gleitender Weg, auf den sie ihn zu locken versuchte, um ihn zum Geständnis eines viel furchtbareren Verbrechens zu bewegen —.

„Du hast dich getäuscht — ich war um jene Zeit nicht in dem Flur," murmelte er.

„Lüge nicht!" herrschte sie ihn an. „Dein ganzes Aeußere widerspricht ja deinen Worten und klagt dich an."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911221-11/fragment/page=0002

Der Rechtsanwalt Riebold wird noch der Fall von Boehell gebracht, in welchem Erzberger ebenfalls falsche Angaben gemacht haben soll. Der Vertreter der Anklage erklärt, der Verteidigung nur dankbar sein könne, daß sie diesen Fall, übrigens 12 Jahre zurückliegenden „Fall" zur Sprache gebracht habe und macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß es für seine Pflicht halten würde, wenn die von dem Angeklagten angetretenen Beweise mit der höchstzulässige Gefängnisstrafe zu beantworten. Nachdem noch der Zeuge Erzberger und die Verteidiger Ausführungen gemacht haben, erklärte der Angeklagte, daß eine persönliche Beleidigung des Zeugen Erzberger fernliege, aber es handele sich in allen diesen Dingen um von höchster politischer Bedeutung. — Das Gericht zieht zur Beratung zurück.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Weigert: Der Gerichtshof nimmt die Sache zur Verteidigung und zu einem Termin die heute geladenen Zeugen zu laden, ferner die Zeugen Erzberger und die Verteidiger, ferner Reichskanzler a. D. v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler a. D. Dr. Helfferich, Staatssekretär a. D. Staatssekretär a. D. Dr. Solf, Oberreichsanwalt Dr. Spahn, Dr. Warburg und Graf Westarp.

Um Nordschleswig

Kopenhagen, 21. November.

Die immer stärker in den Vordergrund tretende nordschleswigsche Frage beherrscht jetzt die innerpolitische Lage. Die Erklärungen des Staatsministers Zahle über die Regierungspolitik in die nationalistischen Kreise sicherst verstimmt. Die Opposition bereitet ein Aktionsprogramm zum Sturz des Kabinetts vor. In allen Teilen des Landes werden Protestversammlungen einberufen, in denen die Nationalisten gegen die Haltung der Regierung in der Abstimmungsfrage Front machen. Den Mittelpunkt der Zwistigkeiten bildet der Entschluß der dänischen Regierung, an der Südgrenze keine Irredenta zu treiben und die Einverleibung deutschen Gebietes entschieden abzulehnen. Staatsminister Zahle hat in seiner Reichstagsrede von neuem betont, daß der Regierung deutschgesinnte Elemente, die lediglich aus wirtschaftlichen Gründen für Dänemark eintreten würden, durchaus unerwünscht seien. Das weiteren hat er es abgelehnt, aus der Klausel des Friedensvertrages einfach zu schließen, die es Dänemark möglich machen würde, bei einem ungünstigen Abstimmungsergebnis in der zweiten Zone diese im ganzen zu annektieren. Der dänische Ministerpräsident erklärte, auf das Abstimmungsergebnis in den einzelnen Gemeinden müsse Rücksicht genommen werden. Sollte beispielsweise in Flensburg eine Mehrheit für das Verbleiben Deutschlands zustande kommen, so werde Dänemark nicht auf in Betracht kommende Klausel des Friedensvertrages fußen. Die Nationalisten sehen die Nationalisten alle Hebel in Bewegung, um noch vor der Abstimmung die Bevölkerung zu beeinflussen. In den bedeutenden Städten Nordschleswigs sind bereits Zeitungen, Warenhäuser, offene Geschäfte und Hotels in deutschen Besitz übergegangen. Der „Politiken" zufolge soll jetzt die Kopenhagener Handelsbank sogar für die Zweigniederlassungen der Schleswig-Holsteinischen Bank in Apenrade, Flensburg, Hadersleben, Sonderburg und Tondern erworben haben. Eine Bestätigung dieser Transaktion liegt jedoch noch nicht vor.

Wieder daheim

Hindenburg in Hannover.

Braunschweig, 21. Nov.

Generalfeldmarschall von Hindenburg traf gestern nachmittag 5 Uhr auf der Reise von Berlin nach Hannover auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein und hatte hier zwanzig Minuten Aufenthalt. Während dessen bereiteten viele hiesige Einwohner dem Reisenden dem Feldmarschall eine herzliche Huldigung. Er wurde von einer großen Menschenmenge stürmisch mit Hochrufen begrüßt, und dann wurden mit lebhafter vaterländischer Begeisterung das Braunschweiger Lied und andere deutsche Nationallieder gesungen. Durch die Ovation verbeugte sich der Aufenthalt Hindenburgs auf dem Bahnhof um 5 Minuten. Der Feldmarschall dankte sichtlich erfreut für die spontanen Beweise der Verehrung und winkte der Menge, als sich der Zug bereits in Bewegung gesetzt hatte, immer noch zu.

Bauers Beileidstelegramm

Berlin, 21. November.

Reichskanzler Bauer hat an die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Zentrumsfraktion spreche ich für den schweren Verlust, den sie durch den Heimgang ihres Führers erlitten hat, meine aufrichtige Teilnahme aus. Sein Tod reißt eine schmerzliche Lücke nicht nur in ihre Reihen. Regierung, Parlament und Volk werden gerade jetzt, wo sich die Nation auf demokratischer Grundlage ein neues Leben schaffen will, den Verlust der Erfahrung des in vielen Jahrzehnten bewährten Parlamentariers besonders schmerzlich empfinden. Ein Mann von lauterer, aufrichtiger Gesinnung, unermüdlicher Arbeitskraft und aufopfernder Liebe für unser Vaterland ist mit ihm dahingegangen. Sein Andenken wird bei Regierung und Volk in Ehren gehalten werden."

„H.Z." Sportberichte

— **B. f. L. Jugend-Abt. (Fußball).** Bei der Versammlung Sonnabend um 1/2 Uhr nachmittags im Klubheim wird der bekannte Vortrag über Training, Taktik und Stellungsspiel halten. Anschließend werden sämtliche Mannschaften neu eingeteilt. Es kommen nur solche Spieler in Frage, die sich bei dem Sportlehrer verpflichten, ständig in seinem Training zu bleiben. Spieler, die aus wichtigen Gründen nicht persönlich erscheinen können, können ihre Verpflichtung schriftlich so einreichen, daß diese am Sonnabend um 5 Uhr im Klubhaus ist. Eine nachträgliche Berücksichtigung ist dann nicht mehr möglich.

— **Eine selten gute Leistung** vollbrachte der 50 Jahre alte Brendel (B. f. B. Breslau), der vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen das Goldene Sportabzeichen erhielt. Er schwamm 300 Meter in 6 Min. 50 Sek., erreichte im Weitsprung 4,78 Meter, lief 400 Meter in 63 Sek., 5000 Meter 44 Min. 30 Sek. und stieß im Steinstoßen 11,20 Meter.

Die ersten Schneeschuhrennen in Berlin. Der Berliner Schlittschuhklub veranstaltete am Sonntag im Grunewald zum ersten Male ein Skirennen „Rund um den Grunewaldsee". Der erste Schneefall der letzten Tage begünstigte die Veranstaltung außerordentlich. In dem tief verschneiten Grunewald herrschte die Mittagsstunde reges Leben, treibend durch die Verkehrsschwierigkeiten mancher an der Teilnahme verhindert wurde. Am Ausscheidungswettbewerb um den Wanderpreis des Berliner Schneeschuhklubs starteten acht Skiläufer, von denen Saefkenberghsohn bei weitem der beste war. Der Schwede legte die 5 Km. lange Strecke in der guten Zeit von 25 Minuten 36 Sekunden zurück. Recht gut war auch die Beteiligung im Damenrennen, welchem Fräulein Völkel auf der auf 5 Km. verkürzten Strecke als erste das Ziel erreichte. Eine bemerkenswerte Leistung zeigte die erst zehnjährige Lotte Glückow, die den zweiten Platz in der Klasse für über Fünfundzwanzigjährige (5 Km.) belegte. Ein Wunderling war Hauptmann Donnerwurz (S. K. Gogeln).

Halle und Umgebung

Halle, 22 November.

Gedenkt der Kriegsgefallenen!

Der letzte Sonntag des Kirchenjahres, der seit über 100 Jahren in Preußen dem Gedächtnis der Toten gewidmet ist, wird sich am kommenden Sonntag zu einer allgemeinen Trauer- und Ehrenkundgebung für alle im Kriege gefallenen Söhne des deutschen Volkes gestalten. Wohl sind schon wiederholt im Laufe der Kriegsjahre Trauerfeiern veranstaltet worden, aber sie hatten doch mehr begrenzten Charakter, während das Volksempfinden in weiten Kreisen nach einer Kundgebung verlangt, in der sich ganz Deutschland jetzt nach dem Abschluß des furchtbaren Krieges noch einmal in tiefer Dankbarkeit und ernstem Gedenken vor der unabsehbaren Schar derer beugt, die ihre Treue für das Vaterland und den heimischen Herd mit dem Tode besiegelten. Die Totenfeier am 28. November wird denn auch, zumal angenommen werden darf, daß nunmehr die Zahl der Gefallenen, soweit sie überhaupt festgestellt werden kann, allerorten bekannt gegeben ist, den Abschluß derartiger Veranstaltungen bedeuten. Von kirchlicher Seite — so vom Evang. Oberkirchenrat in Berlin für den Bereich der preußischen Landeskirche — ist Vorsorge getroffen worden, daß den Trauerkundgebungen überall ein feierlicher Charakter gewahrt werde. Dies wird besonders auch dadurch zum Ausdruck kommen, daß in der Mittagsstunde des Totensonntags von 12—1 Uhr ein allgemeines Trauergeläut veranstaltet werden soll. Man darf wohl erwarten, daß die Kriegervereine es sich nicht nehmen lassen werden, an der Ehrung der gefallenen Kameraden teilzunehmen. Jedenfalls darf erwartet werden, daß der Zug gemütswarmer Pietät, der dem deutschen Volke eigen, am diesjährigen Totenfest zu besonders weihevollem Ausdruck kommt.

*

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Halle, veranstaltet zu Ehren der in den Kriegsjahren Gefallenen am Abend des Totensonntags um 1/8 Uhr im Thaliasaale eine allgemeine öffentliche Gedenkfeier. Karten bei Hothan.

*

Wie alljährlich, so wird auch in diesem Jahre am Totensonntag vormittags um 10 Uhr die Friesen-Vereinigung im Hallischen Turn- und Sportverein eine Totenfeier auf dem Friedhof der Namenlosen in der Heide abhalten, bei der auch der Männer-Gesangverein Halle 1911 mitwirken wird.

Der Kilian-Prozeß

Nachdem durch Gerichtsbeschluß ein Antrag des Staatsanwalts auf Verlesung einiger Berichte in der „Saale-Zeitung" und im „Volksblatt" abgelehnt worden ist, teilt der Zeuge Adler mit, daß einmal ein Schreiben von Hartig eingelaufen sei, in dem er mitteilte, er sei auf seiner Stellung widerrechtlich entlassen worden. Der S.-Rat beschloß darauf, daß der Entlassene wieder einzustellen sei, da die Revolution nicht gemacht worden sei, um Leute auf die Straße zu setzen. — Die Besetzung der „Hallischen Zeitung" und der „Saale-Zeitung" ist nach Aussage des Zeugen Gruner erfolgt, damit in den Druckereien dringend gebrauchte Drucksachen hergestellt würden. Auch bekundet der Zeuge, daß Kilian vom Rathause aus erklärt habe,

daß „Volksblatt" sei amtliches Organ des A.- und S.-Rates.

Der nächste Zeuge ist der frühere Vorsitzende der Rechtskommission des S.-Rates, Gerichtsassessor Otto Schwarck, jetzt bei der Reichswehr. Er bekundete, daß Ferchlandt erst eine Zeit vor der Verhaftung Hartungs ihn einmal gefragt habe, ob die Rechtskommission nicht einen Haftbefehl gegen Hartung erlassen könne. Auf des Zeugen Frage, was er (Hartung) denn verbrochen habe, habe Ferchlandt erwidert: „Verbrochen hat er eigentlich nichts, aber ich muß ihn auf die Seite bringen und unschädlich machen, er hat zu viel Material gegen mich, wenn das raus kommt, bin ich verloren; entweder er oder ich." Zeuge lehnte den Erlaß eines Haftbefehls aber ab. Ferchlandt hat von Hartung noch gesagt, er habe Geringeres begangen, man habe aber keine Beweise. Nach Aussage des Zeugen soll Ferchlandt auch gesagt haben, er brauche nur den Finger zu rühren, dann würde die gesamte Arbeiterschaft bewaffnet sein, er täte das aber noch nicht. Auf Vorhalt des Vorsitzenden erklärt Zeuge weiter, er wolle sich auf bestimmte Worte nicht festlegen, das zuletzt genannte Wort „noch" kann gefallen sein. Nachträglich bemerkt der Zeuge: Was ich eingangs meiner Vernehmung über die Aeußerung Ferchlandts zu mir gesagt habe, waren nicht direkte Aeußerungen zu mir, sondern er sprach leise vor sich hin; die zwei noch im Zimmer anwesenden Matrosen hörchten Ferchlandt nicht, da leise sprachen, was er wollte. Ein formeller Beschluß über die Verhaftung Hartungs ist nicht gefaßt worden, die Verhaftung haben die Matrosen selbst vorgenommen. Da Hartung verzeihend war, ist er ins Lazarett übergeführt worden. In den Sitzungen des S.-Rates hat der Zeuge nie etwas von dem gesagt, was er von Ferchlandt erfahren hatte. Zeuge Hanelt erklärt, wenn Schwarck in einer Sitzung etwas davon erwähnt hatte, so würde er dann nicht gegen die inzwischen erfolgte Verhaftung Ferchlandts protestiert haben, sondern aus dem S.-Rat ausgetreten sein. Auch als der S.-Rat die Verhaftung des Hauptmanns Hirsch und des Leutnants Schmidt beschlossen hatte, hat Schwarck immer noch kein Wort von dem gesagt, was Ferchlandt ihm in bezug auf Hartung mitgeteilt hatte. Der Vorsitzende hält Schwarck vor: „War es nicht Ihre Pflicht, dem S.-Rat klaren Wein über Ferchlandt einzuschenken? Sie sehen, was Sie mit Ihrem Schweigen angerichtet haben." Der Zeuge Schwarck erklärt darauf: „Von den mir gewordenen Mitteilungen habe ich in der S.-Rats-Sitzung, in der über die Vorführung von Hirsch und Schmidt Beschluß gefaßt wurde, trotz meiner Kenntnis des Obigen keine Mitteilung gemacht, da ich es für zwecklos gehalten habe; ich habe auch an das Gespräch mit Ferchlandt nicht mehr gedacht." Zeuge Schwarck war mit in der Kommission, die nach Ferchlandts Verhaftung in Berlin nachfragen sollte, weshalb Ferchlandt verhaftet worden sei; die Nachfragen führten aber zu keinem Ergebnisse. Als er dem Vorstande des S.-Rates nach der Rückkehr von Berlin Bericht erstattete, hat er auch jetzt noch nichts von dem gesagt, was Ferchlandt ihm erzählt hatte. Ueber die Vorgänge nach dem Einzuge des Generals Maercker sagte der Zeuge, der S.-Rat habe neutral bleiben wollen, worüber der A.-Rat unzufrieden gewesen sei. Ueber Waffenlager weiß Zeuge nichts Bestimmtes, doch seien im Stadthause einige Waffen (20—30) vorhanden gewesen, die in einer Ecke gelegen hätten und gebraucht werden sollten zu Verteidigungszwecken, wenn eine Gegenrevolution stattfinden sollte. Erwähnenswert ist noch, daß einmal fünf Matrosen in einer Obstweinschänke ein privates Konzertgenügen rücksichtslos gesprengt und die Wirtsleute schwer bedrängt haben. Als diese sich bei Ferchlandt beschwerte, habe dieser die fünf Leute vorgenommen und ihre sofortige Entlassung ausgesprochen, sie aber wieder zurückgenommen, weil sich nach seinen Vorhaltungen ein großer Tumult erhoben habe.

Die Verhandlung wird auf Sonnabend vertagt.

In der Vernehmung des Zeugen Hanelt wird am Donnerstag vormittag fortgefahren. — Zeuge: Bei dem Soldatenrat läuft ein schriftlicher Antrag des Arbeiterrates ein, unterzeichnet von Kilian, der den Soldatenrat auffordert, das

Post- und Telegraphenamt zu besetzen.

Am ersten Tage reagiert der Soldatenrat darauf nicht, und erst am nächsten Tage geht auf weiteres Drängen Hanelt mit dem Mitglied des Arbeiterrates Günther zum Oberpostdirektor. Er eröffnet ihm, daß die Postbeamten zurückreten müßten und durch Arbeitswillige ersetzt werden sollten, die vom Arbeiterrat bestimmt würden. Der Arbeiterrat sähe sich zu dieser Maßnahme veranlaßt, da von den Postbeamten alarmierende, nicht zutreffende Gerüchte in die Welt gesetzt würden. Der Oberpostdirektor bestreitet dies, er erklärt, daß von ihm nur rein dienstliche Gespräche und Telegramme zugelassen worden sind. Als Günther weiter drängt und erklärt: „Wir werden Ihre Leute ablösen!", wendet sich der Oberpostdirektor an den Zeugen und bittet ihn als Vorstandsmitglied des Soldatenrates um Schutz. In diesem Augenblick kommt Koenen aus einem Nebenzimmer und sagt: „Eure ganzen Maßnahmen sind sinnlos. Ich habe soeben mit dem Reichsarbeitsminister gesprochen. Die Regierung wird in einzelnen Punkten nachgeben, besonders in der Frage der Bergarbeiterräte. Wir hoffen, so den Streik auf gütlichem Wege zu beenden. Ein Sonderzug mit der Streikleitung und Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates fährt zur Verhandlung nach Weimar. Als der Zeuge zum „Weimer Hof" zurückkommt, erhält er die Nachricht, daß General Maercker seine Truppen in Ammendorf ausladen läßt. Zeuge berichtet dann über die Verhandlung mit General Maercker in der Post. General Maercker erklärt: Ich habe zwei Befehle. Der erste ist militärischer Art und lautet: Wir rücken ein und besetzen die Stadt. Der Soldatenrat wird hiermit, da er ungesetzlich ist, aufgelöst, beschwert aber die Erlaubnis, die noch vorliegenden Geschäfte abzuwickeln. Der zweite Befehl ist politischer Natur und lautet: Ich befehle den Bahnhof, um den Eisenbahnverkehr wieder in Gang zu bringen. Ich bitte Koenen und Kilian, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um die Bevölkerung zu beruhigen. Kilian und Koenen versprechen dies, soweit es ihnen möglich sei. Weiter berichtet der Zeuge von einer Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates im Rathaus. In diese Versammlung kam ein Bote mit der Nachricht, daß der Belagerungszustand über Halle verhängt worden ist. Der Zeuge sagt daraufhin: „Na, da haben wir ja nun nichts weiter zu tun, da können wir nach Hause gehen." Weiter schildert der Zeuge eine

Begegnung mit Oberstleutnant von Klüber:

Am Sonntag, den 2. März, stehe ich auf dem Marktplatz und warte auf eine Dame, mit der ich mich verabredet habe. Plötzlich kommt aus der Leipziger Straße eine Menschenmenge, die einen Verhafteten mit sich führt. „Man sagt mir: Da haben sie einen Noskeoffizier verhaftet. Der Verhaftete wird in den Roten Turm gebracht. Das Soldatenratsmitglied Heine kommt zu mir und bittet mich, ich solle doch mal in den Roten Turm kommen. Ich weigere mich zuerst, da ich nach der Plünderung vor dem seelischen Zusammenbruch stand und mit der Sache nichts mehr zu tun haben wollte. Entschließe mich aber doch, hinzugehen, um, wenn möglich, zu helfen. Ich treffe Oberstleutnant von Klüber, der seine Personalpapiere vorzeigt und mich bittet, ihm zu helfen. Ich erkläre ihm: „Sie sind frei. Es hat niemand die Berechtigung, Sie zu verhaften." Klüber antwortet: „Was nützt mir die Freiheit, wenn ich nicht fort kann, denn sobald ich mich unten sehen lasse, werde ich totgeschlagen." Klüber war schon gemißhandelt worden, er hatte Blutspuren im Gesicht. Ein Unteroffizier mit einigen Mann erklärte sich schließlich bereit, ihn zu schützen und zur Brunnenschaule abzuführen. Ueber die Verhaftung und Vernehmung Hartungs berichtet der Zeuge: Von dem Hartung verhaftet worden ist, weiß ich nicht. Ich habe aber angenommen, daß die Verhaftung ordnungsgemäß stattgefunden hat, da das Mitglied unserer Rechtskommission, Assessor Schwarck, bei der Vernehmung zugegen war und keine Einwendungen geltend machte. Des Verhörs habe ich gehört; als ich fertig war, habe ich gesagt: „Nun können wir den Mann wohl gehen lassen?" Darauf entgegnete Meseberg: „Wenn die Matrosen den in Freiheit sehen, schlagen sie ihn tot." Hartung mußte bereits geschlagen sein, denn er hatte ein blaues Auge. Ich habe darauf angeordnet, daß er in Sicherheit gebracht wurde.

— **Für die deutsch-evangelische Volksschule.** In den evangelischen Kirchen der Stadt gelangte am Buß- und Bettag im Anschluß an die Predigt eine Kundgebung des in Dresden abgehaltenen Deutsch-Evangelischen Kirchentages zur Verlesung, worin alle Erzieher aufgefordert werden, im Rahmen der Verfassung für die deutsch-evangelische Volksschule kräftig einzutreten. In der Marktkirche findet am 2. Advent eine große öffentliche Versammlung statt, in der unsere Einwohnerschaft zu der wichtigen Angelegenheit Stellung nehmen soll.

— **Volksliederabend des Männer-Gesangvereins Halle 1911.** Nach langer Pause veranstaltete am Dienstag abend der Männer-Gesangverein Halle 1911 einen volksgelungenen Volksliederabend, zu dem sich zahlreiche Freunde des Gesanges eingefunden hatten. Die reichhaltige und gediegene Vortragsfolge begann mit Männerchören aus dem 15. Jahrhundert: „Innsbruck, ich muß dich lassen" von H. Isaak, „Abschied" und „Mirisches Männerlied", beide aus den Hochheimer Liederbuch. Ihnen folgten „Mir ist ein schönes braunes Mädelein" von G. Schumann, „Kennchen von Tharau" und Liebesentzücken „Mein Mädel hat einen Rosenmund". Außerordentliche Reinheit und rhythmische Präzision, gute Textbehandlung und gute klangliche Abtönungen zeichneten die Vorträge ganz besonders aus und machten dem Leiter, dem Kgl. Musikdirektor Wurschmidt, sowie dem Chore alle Ehre. Die beiden Ständchen „Klinge lieblich und sacht" von Phil. Wolfram und „Töne, kleine Laute" von C. F. Adam gelangten überraschend gut und zeugten von einer kraftvollen und fleißigen Schulung des Chores. Das Volkslied aus dem Elsaß „Kappelmäuschen" von G. Wohlgemuth beschloß den gesanglichen Teil, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. — Die für den Abend gewonnene Lautensängerin Margarete Walkotte-Berlin erfüllte ihre Aufgabe in jeder Weise, nur war ihr Spiel an manchen Stellen zu zart für den Raum. Vortrefflich gelang ihr die Wiedergabe vom „Lob auf den Ehestand" aus dem Oesterreichischen, „Der Käfer und die Mücke", „Großmutter will tanzen" und „Lob auf den Kaffee". Der starke Beifall zwang die Künstlerin zu mehreren Zugaben.

— **Der Inhaber der hiesigen Hauptbahnhofs-Wirtschaft,** Kommerzienrat Carl Schwerdtfeger, hat bei der Eisenbahnverwaltung darum nachgesucht, das Pachtverhältnis mit ihm zum 1. Juli 1920 zu lösen, um sich noch mehr als fünfundvierzigjähriger Berufstätigkeit vom Geschäftsleben zurückzuziehen. Kommerzienrat Schwerdtfeger beabsichtigt nach Wiesbaden überzusiedeln.

— **Die Provinzialsteuer für das Rechnungsjahr 1919** ist vom Landeshauptmann ausgeschrieben. Nach dem Verteilungsplan hat die gesamte Provinz Sachsen 9 732 100,08 Mk. Steuern nach dem Satze von 16½ Prozent aufzubringen, denen nach den eigenen Angaben der Kreise ein Steuersoll von 58 982 424,66 Mk. gegenüber liegt. Der Stadtkreis Halle hat bei einem umlagefähigen Steuersoll von 5 009 142,92 Mk. 826 508,58 Mk., der Saalkreis bei einem Steuersoll von 1 312 527,07 Mk. 216 567,12 Mk. Steuern zu leisten.

*

— **Stadttheater.** Da infolge der Verkehrsschwierigkeiten Mientje Laupprecht-von Laxmen nicht eintreffen kann, muß der für heute, Sonnabend, angesetzte Pfitzner-Liederabend verschoben werden. Es findet heute abend eine Aufführung der „Rose von Stambul", Anfang um 7½ Uhr, statt. Der Pfitzner-Liederabend ist auf Dienstag, den 25. d. M. verlegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911221-11/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

— **Torgau, 21. November.** (Zum Tode verurteilt.) Das Schwurgericht hat den Dienstknecht Hermann Kirchhöfer aus Melpitz bei Torgau, der im August dieses Jahres seine Mutter und Schwester ermordet hat, zweimal zum Tode verurteilt.

L. **Aus dem Kreise Jerichow,** 20. Nov. (Neue Ortsgruppen der Deutschnationalen Volkspartei) wurden nach öffentlichen Versammlungen in Pechau und Schermen gegründet. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Hauptmann Bechem in Pechau und Gutsbesitzer Krüger in Schermen.

R. **Dessau,** 21. Nov. (Aus dem Gemeinderat.) Den breitesten Raum in den Verhandlungen des Gemeinderats nahm gestern die Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe und erhöhter Kinderzulage an Beamte und die Erhöhung der Bezüge der Hilfsangestellten und Arbeiter ein. Die Vorlage des Magistrats, über die dieser auf keinen Fall hinausgehen zu können erklärte, beanspruscht die gewaltige Summe von 520 000 Mk., das bedeutet eine abermalige Erhöhung der Einheiten um 10. Bürgermeister Hesse erklärte, er sehe keine Möglichkeit, den Etat zum Ausgleich zu bringen; deshalb rate er dringend bei allem guten Willen für die Beamten und Arbeiter, nicht über die Sätze des Magistrats hinauszugehen. Von deutschnationaler Handlungsgehilfen- und sozialdemokratischer Seite wurden Anträge auf Erhöhung gestellt, während von demokratischer Seite darauf hingewiesen wurde, daß die Annahme der weitergehenden Anträge Demoralisation in die ganze städtische Verwaltung bringen würde. Daraufhin entschloß sich der Gemeinderat, die Sätze des Ausschusses zu bewilligen, die Anträge aber dem erweiterten Finanzausschuß zu überweisen. Die Stadt übernahm für ein von der Siedlungsgesellschaft aufzunehmendes Darlehn in Höhe von 300 000 Mk. Bürgschaft. Für den Ausbau der Baracken wurden 35 000 Mk., für die elektrische Beleuchtung wichtiger Straßenpunkte mit 16 großen elektrischen Bogenlampen 18 000 Mk. bewilligt. Es ist beabsichtigt, eine Landesbibliothek zu schaffen, der die Museumsbibliothek und die Behördenbibliothek angegliedert werden sollen.

Volkswirtschaft

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Die Grundstimmung an den rheinisch-westfälischen Wertpapiermärkten blieb fest, aber die Geschäftstätigkeit hat in der Berichtswoche nachgelassen, da es dem Markte an neuen Anregungen fehlte. Auch die Kursbildung war unter diesen Umständen nicht einheitlich, und nur für schwere Werte zeigt sich fortgesetzt stärkere Aufnahmefähigkeit. Und anscheinend sind es doch Auslandskäufe, die hierbei mitwirken. So konnten am Kohlenkugenmarkte König Ludwig, Konstantin der Große, Ewald und Lothringen ihre Preise erhöhen. Ihnen schlossen sich im weiteren Verlaufe Graf Bismarck, Graf Schwerin und Helene und Amalie an. Höher stellten sich auch wieder Adler bei Kupferdreh, Johann Deimelsberg und Karolus Magnus, weiterhin Gottessegen und Trappe, in denen bedeutende Posten dem Verkehr entnommen wurden. Linksrheinische Unternehmungen und ebenso Trier und Hermann 1/3 gaben dagegen eher nach und werden bei Berichtsschluß zu ermäßigten Preisen zum Verkauf gestellt. Am Braunkohlenmarkte wurde der Verkehr im Berichtsabschnitt etwas lebhafter. Bevorzugt waren Leonhard-, Michel-, Schallmauer- und vor allem Luxemberg- und Zukunft-Aktien, die eine entschiedene Befestigung erfuhren. Am Kalimarkte erregte die bedeutende Steigerung von Wintershall Aufsehen. Dane en fanden lebhafte Käufe in Neustaßfurt zu andauernd sich besserndem Preisen statt. Hiervon wurde der übrige Markt günstig beeinflußt, so daß auch Glückauf-Sondershausen, Alexandershall, Burbach, Kaiserode u. a. m. ihre Preise erhöhen konnten. Eine besonders große Steigerung verzeichnen auch Gebra und Sachsen-Weimar, für die erste Käufer am Markte auftraten. Aus dem weiteren Verkehr sind erhebliche Umsätze in Felsenfest und Hüpstedt, Ellers, Wilhelmshall-Oelsburg und Schwarzburg hervorzuheben. Niedriger lagen die Werte der Wilhelm Sauer-Gruppe, vor allem Wilhelmshall und Rothenberg. Am Kaliaktienmarkte konnten Deutsche Kaliwerke, Großherzog von Sachsen, Heldburg und Salzdetfurth bei zum Teil lebhaften Umsätzen Preissteigerungen erzielen. Die übrigen Werte traten in den Hintergrund.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die bevorstehenden Steuervorlagen, die mit dem bereits verfügten Depotzwang schon den Anstoß zu dem anhaltenden Verkaufen des Publikums in festverzinslichen Werten gegeben haben, bewirkten auch heute an der Börse bei schwankenden und überwiegend schwächeren Kursen Realisationen auf fast allen Gebieten. Mit wenigen Ausnahmen, wie Phönix, Deutsch-Luxemburger, Steaua Romana, italienischen Bahnaktien, Kolonialwerten und einigen Spezialpapieren, wie Rheinischen Metallwaren und Deutsch-Ueberseeische Elektrischen, unterlagen die Kurse Schwankungen, und der Abbröckelungsprozeß machte später, von vorübergehenden Erholungen abgesehen, zumeist weiter Fortschritte. Recht still lagen Schiffahrtswerte. Montanwerte notierten, mit Ausnahme von Deutsch-Luxemburger und Phönix, ungefähr 2—6 Prozent niedriger und Farb-, Elektro- und Spezialwerte gaben bis vereinzelt 5 Prozent im Kurse nach. Das Geschäft war auf der ganzen Linie still, und auch die bis jetzt begünstigten Kanadas schlossen sich der rückläufigen Kursbewegung an. In festverzinslichen Werten hielt das Angebot in Staats- und Stadtanleihen, sowie in Pfandbriefen an. Oesterreichische Anleihen waren geschäftslos, ungarische behauptet.

Produktenbericht. In Hafer zeigt sich etwas mehr Angebot in nach Berlin rollender Ware. Sonst bleibt die Geschäftslage hierfür wie für Hülsenfrüchte immer recht fest, und die Kauflust besonders für letztere wird immer allgemeiner. Auch Lupinen und Serradella bleiben weiter begehrt. Ebenso Stroh bei sich stetig erhöhenden Preisen. Wetter: Schnee, Regen.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 21. November. Preise für 100 kg in Mark. Raffinadekupfer: 2635/2645. Orig.-Hütten-Weichblei: 450. Hüttenrohzink: 575/585, desgl. im freien Verkehr: —. Orig.-Hüttenaluminium: 2700/2900. Banca-Straits-Zinn: 5400/5600. 98% Hütten-Zinn: —.—, 98% 99% Rein-Nickel: 3600/3800. Antimon-Regulus: 850/900.

Haternotierungen:

Berlin, 21. Novbr. Inländischer Hafer für 1000 kg in Mark loko ab Bahn 1880, loko ab märkischen Stationen —. Tendenz sehr fest.

Auszahlungen.

	Berlin, 21. November.				Berlin, 21. November.	
	Geld	Brief			Geld	Brief
Holland	1720.50	1723.50	Oesterreich abgst.		29.70	29.80
Dänemark	939.25	940.75	Prag		72.40	72.60
Schweden	1029.25	1030.75	Ungarn		32.70	32.80
Norwegen	989.25	990.75	Spanien		899.50	900.50
Schweiz	834.25	835.75	Finnland		134.75	135.25
Oesterreich	32.70	32.80				

Auslandsnotierungen:

Chikago, 19. November. Weizen: November —, Mais: Dez. 128 1/8, Mai 125.—, Juli 124 1/8, Sept. 143.25. Schmalz: Nov. 25,00, Januar 23,80, Mai —.—. Pork: Dezbr. 33,50, Januar 32,—. Rippen: Dezember 18.45, Januar 18.15. Hafer: Dezember 72 1/8, Januar —.—, Mai 74 7/8.

New-York, 19. November. Winter- und Sommerweizen: 237.50. Mais: loko 172.75. Mehl: 9.35—10.35. Schmalz: —.—. Zucker: —. Kaffee: 16 1/8.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte			
4 1/2% Deutsche Schatzscheine VI—IX	75,25	Deutsch-Luxemburg	194,—
5% Deutsche Reichsanl.	78,—	Deutsche Uebersee-El.	532,—
3 1/2 " "	67,50	Deutsche Erdöl	469,—
3 1/2 " "	61,20	Deutsche Gasglühl.	612,—
3 " "	62,75	Deutsche Kali	288,—
4 Preuss. Konsols	64,—	Deutsche Waff. u. Mun.	229,50
3 1/2 " "	62,75	Donnersmarkhütte	266,75
3 " "	53,50	Dürrer u. Lehrmann	125,25
4 Charl. Stadtanl. 89/99	92,25	Dürkoppwerke	354,75
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—,—	Elberfelder Farben	374,—
4 1/2% n. Sächs. landeskulturliche Pfandbriefe	—,—	Felten u. Guilleaume	244,—
4 Preuss. Centr.-Bode-Pfandbriefe	97,—	Gasmotoren Deutz	165,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	95,20	Gebhardt u. Co.	—,—
4 1/2 Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Gebhardt u. König	155,—
	—,—	Gelsenkirch. Bergb.	270,50
Ausländ. Werte		Glanziger Zuckerfbr.	294,50
4 Oesterr. Kron Rente	30,75	Hallesche Masch.-Fabr.	398,—
4 Ungar. Gold-Rente	67,50	Hann. Masch.	384,—
4 Ungar. Kronen Rente	30,40	Harpener Berg	220,50
Eisenbahn-Aktien:		Hasper Eisen	219,50
Halberstadt Blankenb.	83,50	Hirsch Kupfer	279,75
Halle-Hettstedter	67,50	Höchster Farbw.	347,—
Schantungbahn	234,50	Hoesch Eisen u. Stahl	247,—
Alig. Lokal-Str	138,—	Holzverkohlungswerke	14,25
Gr. Berl. Str.	114,—	Humboldt-Masch.	163,50
Magdeburger Str.-B.		Ilse-Bergbau	307,—
Lux. Prin. Heinrich-B.	158,—	Kahla-Porzellan	323,—
Orientbahn	352,—	Kaiw. Aschersleben	222,50
Schiffahrts-Akt.:		Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Hamburg. Paketfahrt	118,50	Kyffhäuserhütte	—,—
Hamburg.-Südamerika	236,—	Lahmeyer u. Co.	145,75
Hansa-Dampfschiff	305,75	Landw. Bank d. Pr. Sa.	—,—
Nordd. Lloyd	130,50	Lauchhammer	181,—
Banken:		Laurahütte	157,—
Bank für Thür.	150,50	Linke u. Hofmann	346,75
Berl. Handelsges.	161,—	Ludwig Loewe u. Co.	298,—
Comm u. Diskontobank	136,—	Lothringer Hütte	178,—
Darmstädter Bank	130,—	Mannesmannröhren	229,—
Dess. Landesbank	—,—	Maschinenfabr. Buckau	164,—
Deutsche Bank	248,50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	168,—
Diskonto-Comm.	177,75	do. Caro Heg.	256,—
Dresdner Bank	147,75	do. Kokswerke	218,25
Credit-Anst. Leipzig	137,—	Orenstein u. Koppel	291,—
Mitteld. Kreditbank	130,—	Phönix-Bergb.	231,—
Privat-Bank	—,—	Rhein. Metall-Vorz.	181,—
Nationalbank	123,25	Rhein Stahlwerk	354,25
Oesterr. Kredit	104,75	Riebeck Montan	184,—
Reichsbank	150,—	Rombacher Hütten	210,—
Industrie-Aktien:		Rositzer Braunk.	163,50
Schultheiss-Brauerei	268,50	Rositzer Zucker	285,25
Akt. f. Anilin	301,—	Sangerhäuser Masch.	215,—
Allgem. Elektr.-Ges.	236 3/4	Hugo Schneider u. Co.	145,25
Ammendorfer Papierf.	533,—	Schinckert u. Co.	242,—
Anhalter Kohlenw.	228,—	Siemens u. Halske	224,25
Annsberger Steingut	218,—	Stettiner Chamotte	92,—
Badische Anilin	497,—	Stettiner Vulkan	260,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	174,75	Stolberger Zink	150,—
Berl. Masch.-Bau	241,75	Strals. Spielkarten	271,50
Bismarckhütte	299,—	Thale-Eisenhütte	192,—
Bochumer Gußstahl	233,—	Triptis-Akt.-Ges.	862,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Türkische Tabakregie	291,—
Chem. Grieshein	250,—	Glanzstoff Elberf.	688,—
Chem. v. Heyden	279,50	Wegelin u. Hübner	170,—
Consolidation Schalke	247,75	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Crölwitzer Papierfabr.	210,25	Westeregeln-Alkali	340,—
Daimler-Motoren	254,—	Wittener Gußstahl	452,—
		Wrede-Mälzerei	116,—
		Zeitzer Masch.	454,50
		Zellstoff Waldhof	329,25
		Otavi-Minen	362,75

Tendenz: schwach.

Kirchl. Anzeigen von Halle u. Vororten.

Totenfest, Sonntag, den 23. November 1919.

Zu U. L. Frauen: Vorm. 10 Uhr Oberpf. Fahr (Chorgesang). Nach dem Gottesdienst Beichte und heil. Abendmahl; Derselbe. Kollekte für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. Kinder gottesdienste: Vorm. 11½ Uhr (Kirche) Oberpf. Fahr; nachm. 11½ Uhr Reformationsfest (Kino). P. Knoblauch. Abends 6 Uhr liturgischer Gottesdienst mit Chorgesang; P. Lic. Bauke (Texte an den Kirchtüren). Nach dem Gottesdienst Beichte und heil. Abendmahl; Derselbe. — Matthäus (Sophienstr. 6—8) Mittwoch abends 8½ Uhr Wochenandacht; P. Lic. Koepp.

Klinikskapelle (Magdeburgerstr.): Vorm. 10 Uhr Predigt und Abendmahlsfeier; P. Kuno Jauch.

St. Ulrich: Vorm. 10 Uhr P. Thiede. Beichte und Abendmahl; Derselbe. Vorm. 11½ Uhr Franck. Kindergottesdienst (Martinschule); P. Heinitze. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst (Kirche); Oberpf. Richter. Abends 6½ Uhr Oberpf. Richter. Beichte und Abendmahl: Derselbe.

Ostbezirk (Krondorferstr. 6a): Vorm. 10 Uhr Oberpf. Richter. Vorm. 11½ Uhr Kinder-gottesdienst; P. Thiede.

Johannesstriche: Vorm. 10 Uhr P. Kindervater (Chorgesang). Nach der Predigt Abendmahlsfeier; Derselbe. Kindergottesdienste: Vorm. 11½ Uhr P. Tischer, mittags 12½ Uhr P. Butz, nachm. 2 Uhr P. Farmer. Abends 6 Uhr P. Tischer. Nach der Predigt Abendmahlsfeier; Derselbe.

Bergmannstrost: Nachm. 4 Uhr Abendmahlsfeier; P. Tischer.

Zu St. Moritz: Vorm. 10 Uhr P. Voigt. Beichte und Abendmahl; Derselbe. Ab nds 6 Uhr Oberpf. Keller. Beichte und Abendmahl; Derselbe.

Hospital: Vorm. 10 Uhr Oberpf. Keller.

St. Georgen: Vorm. 10 Uhr P. Hellmann (Abendmahl). Kindergottesdienste: Vorm. 12 Uhr in der Kirche P. Bitte, 11½ Uhr in der Kapelle P. Hellmann, nachm. 2 Uhr in der Kapelle P. Gliese. Abends 6½ Uhr nur Beichte und Abendmahl; P. Bitte. Die Vorfeier zum Totenfest fällt aus. Montag abends 8 Uhr Bibelsprechung im Gemeindehaus; P. Hellmann. Paul Gerhardt-Stift: Sonntag vorm. 10 Uhr P. Bitte. Prov. Blindenanstalt: Donnerstag nachm. 5 Uhr Kindergottesdienst; P. Hellmann.

Domkirche (reform. Gemeinde): Sonnabend abends 6½ Uhr Vorfeier des Totenfestes (Kirchenchor); Domprd. Lic. Baumann. Sonntag vorm. 10 Uhr Domprd. Prof. D. Lang. Vorm. 11½ Uhr akadem. Gottesdienst; Prof. D. Loofs. Nachm. 11½ Uhr Kindergottesdienst (Wüllnerkirche); Domprd. Lic. Baumann. Abends 6 Uhr Domprd. Geh. Konf.-Rat Josephson. Vorbereitung und Abendmahl; Derselbe. Freitag abends 8 Uhr Wochenandacht; Derselbe. Geh. Konf.-Rat Josephson.

St. Laurentiuskirche: Vorm. 10 Uhr P. Wagner (Abendmahl). Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst; Derselbe. Nachm. 5 Uhr Beiper; P. Förster. Abends 6 Uhr Abendmahl; Derselbe. Dienstag abends 8 Uhr Bibelbesprechung im Gemeindehause; P. Wagner.

St. Stephansstiche: Sonnabend abends 8 Uhr Totenfestvorleier; Sup. Meinhof. Musikal. Einlagen). Sonntag vorm. 10 Uhr Gottdienstleier (Chorgesang); P. Dr. Hagemeyer (Abendmahl). Sammlung zur Nationalspende für die Hinterbliebenen der Gefallenen. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst im Gemeindehaus; P. Dr. Hagemeyer. Abends 6 Uhr Sup. Meinhof (Abendmahl). Donnerstag abends 8 Uhr Zeitandacht im Gemeindehaus; Sup. Meinhof. Freitag abends 8 Uhr Mütterabend; P. Dr. Hagemeyer.

Diakonissenhaus: Sonnabend abends 8 Uhr heil. Abendmahl; Sup. Moehr. Sonntag vorm. 10 Uhr Sup. Moehr.

Paulusstiche: Vorm. 10 Uhr P. Teege Abendmahl). Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst im Gemeindehaus; P. Haberland. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst im Gemeindehaus; P. v. Broecker. Nachm. 3 Uhr P. Haberland. Abendmahl. Nachm. 3 Uhr Andacht auf dem Nordfriedhof; P. v. Broecker. Dienstag abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde; P. Haberland. Donnerstag abends 6 Uhr religiöse Besprechung; P. v. Broecker.

St. Bartholomäus: Vorm. 10 Uhr P. Meltzer (Kirchenchor). Nach der Predigt Beichte und Abendmahl; Derselbe. Der Kindergottesdienst fällt aus. Abends 6 Uhr Sup. Hellwig. Nach der Predigt Beichte und Abendmahl; Derselbe. Freitag abends 8 Uhr Bibelbesprechung Pestalozzistraße 4; Sup. Hellwig.

St. Petrus: Vorm. 10 Uhr P. Kunitz. Nach der Predigt Beichte und Abendmahl; Derselbe. Abends 6 Uhr P. Meltzer. Nach der Predigt Beichte und Abendmahl; Derselbe.

Halle-Trotha: Vorm. 10 Uhr P. D. Jentsch. Nach der Predigt Beichte und heil Abendmahl; Derselbe. Abends 6 Uhr Beichte und hl. Abendmahl; Derselbe. Die Kirche ist geheizt.

Evang.-luth. Gemeinde (Weidenplan 4): Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Stadtmissionshaus (Weidenplan 4): Sonntag abends 8½ Uhr Vortrag. Redner: P. Winterberg. Sonntag nachm. 5 Uhr Verein junger Mädchen. Dienstag abends 8½ Uhr Bibelstunde. Mittwoch abends 8½ Uhr Christl. Verein junger Mädchen. Freitag abends 8½ Uhr Allgem. Bestunde.

Sonnabend abends 8½ Uhr Familien-Blaukreuzversammlungen Weidenplan 4, Hohenzollernstr. 11, Schmiedstr. 21. — Filiale Schmiedstr. Donnerstag abends 8½ Bibelstunde. — Filiale Lauchstädterstr. Sonntag abends 8½ Uhr allgemeine Gemeinschaftsstunde. — Böllberg, beim Wirt Leonhardt: Freitag abends 8½ Uhr Bibel.

Bund Hallescher Gemeinschaften. 1. Domgemeinschaft Kl. Ulrichstraße 12: Dienstag abends 8½ Uhr Bibelst. m. Besprech. 2. Gemeinschaft der Johannesgemeinde Lauchstädterstr. 28: Sonntag abends 8½ Uhr Gemeinschaftsstunde. 3. Paulus-Gemeinschaft Hohenzollernstr. 11: Dienstag abends 8½ Uhr Gemeinschaftsstunde. 4. Gemeinschaft Schmiedestadtmission Weidenplan 4: Dienstag abends 8½ Uhr Bibelbesprechung.

Christliche Gemeinschaft Margaretenstr. 5: Sonntag vorm. 11½ Uhr Kinderstunde, abends 8½ Uhr Evangelisationsversammlung. Thema „Wahrer Trost wider den Tod". Mittwoch abends 8½ Uhr Versammlung junger Mädchen. Donnerstag abends 8½ Uhr Bibelstunde.

Gemeinschaftsstiche, Alte Promenade 8. Vorm 10 Uhr Bibelstunde, vorm. 11½ Uhr Kinderstunde, nachm. 3 Uhr öffentlicher Vortrag von Herrn Otto Samuel.

Friedenskirche Barfüßer Ludwig-Wucherer-Str. 39: Vorm. Gottesdienst, vorm. 9½ Uhr Feier zum Gedächtnis der Gefallenen, nachm. 12 Uhr Kindergottesdienst, abends 8 Uhr Gesangs-Gottesdienst. Mittwoch abends 7 Uhr Gottesdienst (Pred. Klinger). — Nietleben (Kirchgasse 22a): Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, vorm. 11 bis 12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 5 Uhr Gottesdienst. Donnerstag abends 8 Uhr Gebetsgemeinschaftsstunde; Pred. Klinger.

Methodisten-Gemeinde Magdeburgerstr. 27: Sonntag vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Uhr Gottesdienst. Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde.

St. Franziskus- u. Elisabethkirche: Morg. 7 Uhr Frühmesse, 8 Uhr hl. Messe mit Predigt, 9½ Uhr Kindergottesdienst, 10½ Uhr Hochamt mit Predigt abends 6 Uhr Segensandacht. An den Wochentagen morgens 7¼ und 8 Uhr hl. Messen.

St. Barbara-Kapelle (Barbarastr.): Vorm. 9 Uhr Hochamt mit Predigt, nachm. 2 Uhr Segensandacht.

Diemitz: Vorm. 9¾ Uhr Feier zum Gedächtnis der Gefallenen, nachm. Abendmahl; Pfarrer Petzold. Abends 5 Uhr liturgischer Gottesdienst.

Mitwitzing beim Kirchengesangsverein und einer Soliste; Derselbe.

Ammendorf: Vorm. 11 Uhr Gottesdienst; P. v. Stein. — **Beesen-Kirche:** Vorm. 9 Uhr Gottesdienst; P. v. Stein.

Radewell: Vorm. 10 Uhr Festgottesdienst mit Entsüllung der Krieger-Gedächtnistafel und Gesängen des Kirchenchors, anschließend Beichte und Abendmahlsfeier; Sup. Bodenstein. Abends 7 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier; Derselbe. Die Anmeldungen der Gäste sind bei dem Pfarrhaus erbeten. Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhause; Derselbe.

Bölberg: Nachm. 3 Uhr Gottesdienst (Trauer- und Ehrenkanzel für die im Kriege Gefallenen, danach Beichte und heil. Abendmahl; P. Rißschke.

Wörmlitz: Vorm. 9 Uhr Gottesdienst (Trauer- und Ehrengedenkfeier für die im Kriege Gefallenen), danach Beichte und heil. Abendmahl; P. Rißschke. Abends 6 Uhr Beichte und heil. Abendmahl; Derselbe. Mittwoch vorm. 10 Uhr Beichte und heil. Abendmahl, Derselbe.

Büschdorf: Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, im Anschluß daran Beichte und Abendmahl; P. Ullmann.

Reideburg: Nachm. 2 Uhr Gottesdienst, im Anschluß daran Beichte und Abendmahl; P. Ullmann.

Dölau: Vorm. 11 Uhr Predigtgottesdienst mit Beichte und Abendmahl; P. em. Riedel.

Lettin: Vorm. 8½ Uhr Predigtgottesdienst mit Beichte und Abendmahl; P. em. Riedel.

Seeben: Vorm. 10 Uhr P. Bode. Nach der Predigt Beichte und heil. Abendmahl; Derselbe.

Kirchliche Vereine.

Mariengemeinde: Jünglingsverein Sonntag kein Versammlung. Jungfrauenverein Sonntag abends 8 Uhr jüngere Abteilung, Donnerstag abends 8 Uhr ältere Abteilung Vers. im Konfirmandenzimmer der Marienkirche 1.

St. Ulrich: Ev. Männer-, Jünglings- u. Jugendverein Sonntag abends 8 Uhr Vers., Mittwoch abends 8 Uhr jüngere Abt. Vers., 9 Uhr Bibelstunde, Freitag abends 8 Uhr Musikabt., Sonnabend abends 8½ Uhr Stenographie Charlottenstr. 15; P. Richter. Evangl. Jungfrauenverein Montag nachm. 5½ Uhr Kl. Märkerstr. 1; P. Richter. Evangl. Jungfrauenverein Sonntag abends 7½ Uhr Vers. Weidenplan 4, Sonnabend abends 8 Uhr Turnen (Reform-Gymnasium Friesenstr.); P. Heinitze. Evangl. Jungfrauenverein Montag abends 7½ Uhr Kl. Märkerstr. 1; P. Heinitze.

Ostbezirk (Grimmitzstraße 4 pt.): Jugendver. Sonntag abends 7½ bis 9½ Uhr, Jungen- u. Mädchenverein Montag abends 8—10 Uhr, Donnerstag abends 8—10 Uhr Vers.; P. Thiede. Kirchenchor Freitag abends 8 Uhr Landsbergerstr. 68.

Johanniskirche: P. Butz (An der Johanneskirche 2): Sonntag nachm. 4 Uhr Jungfrauenverein. Jugendverein der Johanneskirche (An der Johanneskirche 5) Sonntag und Mittwoch abends 8 Uhr Bibelabend; Diakon Kollmeyer. Frauenhilfsverein Mittwoch nachm. 3½ Uhr Lindenstr. 78; P. Bupp. Gesangverein Montag abends 8½ Uhr Uebungsstunde Merseburgerstr. 10.

Zu St. Georgen: Kirchenchor Dienstag abends 8—10. Ev. Bund junger Männer (P. Gliese) Sonntag abends 7—10. Jungfrauenverein Sonntag abends 8 Uhr im Vereinshause, II Donnerstag nachm. 3½ Uhr im Gemeindehause. Vereinig. konfirm. junger Mädchen (P. Gliese) Donnerstag abends 8 Vereinsabend im Gemeindeh. Missions-Nähverein Montag nachm. 2½—4 Uhr im Pfarrhaus.

Domgemeinde: Jugendverein Sonntag abends 7½ Uhr und Mittwoch abends 8 Uhr, Jungfrauenverein ältere Abt. Sonntag abends 8 Uhr Vers., Abt. Montag abends 8—9 Uhr, Bibel- u. Sortiertverein Dienstag abends 8 Uhr, Domkirchenchor Freitag abends 8½ Uhr Uebungsstunde Kl. Klausstr. 12.

Neumarkt-Gemeinde (St. Laurentius und St. Stephan): Jungfrauenverein (jüngere Abteilung) Sonntag abends 7 Uhr im Gemeindehause. Jugendverein Sonntag abends 8 Uhr im Gemeindehause. P. Förster. Mittwoch von nachm. 3 Uhr an Missionsverkauf im Gemeindehause. Musikal. Darbietungen. Bericht des Dr. Heinrich Meyer über Erlebnisse im Dienst.

Paulusgemeinde: Jugendverein Sonntag abends 6 Uhr; P. v. Broecker. Freitag abends 8 Uhr Bibelstunde. Jünglingsverein Sonntag abends 7½ Uhr P. Haberland. Jungfrauenverein Sonntag abends 6 Uhr.

St. Bartholomäus (Halle-Giebichenstein): Jugendverein Sonntag abends 7 Uhr Vers. Pestalozzistr. 4. Evangl. Frauen- u. Jungfrauenverein Sonntag abends 7½ Uhr Versammlung Pestalozzistr. 4.

St. Petrus (Halle-Cröllwitz): Ev. Frauen- und Jungfrauenverein Sonntag abends 8 Uhr Vers.. Dienstag Gesangsstunde Blauerstr. 3.

St. Franziskus- u. Elisabethkirche: Sonntag nach der 8 Uhr Messe Vers. des Vincenzvereins. Mittwoch nachm. 5 Uhr Vers. Elisabethvereins.

Wettiner Kirchennachrichten.

Totenfest, Sonntag, den 23. November 1919.

Nikolaikirche: Vorm. 9½ Uhr und nachm. 5 Uhr Oberpf. Schöne (mit Abendmahl).

Burglirche Vorm. 9½ Uhr Burgprd. Calaminus (mit Abendmahl).

Döbitz: Nachm. 1 Uhr Oberpf. Jeschke (mit Abendmahl).

Jaschwitz: Nachm. 1 Uhr Burgprd. Calaminus (mit Abendmahl).

Hauptschriftleiter Hermann Bolcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Bölcher; für politische Rundschau, Weltwirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenleiter: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Stadttheater.
Berichtigung.
Sonnabend, den 22. November 1919, abends 7½ Uhr — Ende 10½ Uhr
Die Rose von Stambul.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911221-11/fragment/page=0004